

## *Alles eine Geldfrage*

*Der Gemeinderat Nöbdenitz hat am Mittwochabend für eine Eingliederung nach Schmölln entschieden. Protokoll eines traurigen Abends.*

Von Eva Marie Stegmann

erschienen am 14. März 2018 in der Ostthüringer Zeitung, Ausgabe „Schmöllner Nachrichten“

Nöbdenitz. André Gampe wirft die Powerpointpräsentation an. Der Beamer surrt leise. Die Männer und Frauen im Bürgersaal Nöbdenitz sehen Tabellen mit Linien: hoch und runter, runter und hoch. Das Mikrofon trägt die Stimme des Bürgermeisters vom Kopfende des Saals, wo er mit seinen Gemeinderäten und dem Schmöllner Bürgermeister Sven Schrade (SPD) an einem langen Tisch Platz genommen hat, bis zu den Einwohnern in der letzten Reihe. An die 60 von 867 sind zur Versammlung gekommen. Kein Lächeln, nirgends, als André Gampe die Ausschläge der Linien erläutert.

Seine Stimme ist tonlos, er hat die Nacht nicht geschlafen, wird er später verraten. Für Gampe, der die Gemeinde bedächtig und nüchtern regiert, eher Beamter als Polterer, ist das nahezu ein Gefühlsausbruch. Die Entscheidung, die er mit den sechs Gemeinderäten an diesem Abend fällen wird, ist die schwerste seiner Amtszeit. Soll Nöbdenitz selbstständig bleiben oder ein Ortsteil der finanzstärkeren Stadt Schmölln werden?

2016 hatte Gampe schon einmal zum gleichen Thema geladen. Damals noch unter dem Joch der vom Land Thüringen mit Hochdruck vorangetriebenen Gebietsreform. Verwaltungsgemeinschaften wie die VG Oberes Sprottental, in der sich Nöbdenitz und sieben andere eigenständige Kommunen die Aufgaben teilen, sollten abgeschafft werden, dachte man zu dieser Zeit. Verschiedene Zukunftsszenarien wurden diskutiert. Danach begann der Gemeinderat, Vertragsentwürfe zu einem möglichen Anschluss an Schmölln auszuarbeiten. Weil das die Mehrheit der Bürger noch als die erträglichste Lösung ansah. Acht andere Orte rund um Schmölln taten dasselbe. Wildenbörten und Thonhausen etwa, „Geschwister“ aus der VG Oberes Sprottental. Am 30. November 2017 teilte die Landesregierung mit, dass es keine von oben angeordnete Gemeinde- und Kreisgebietsreform geben werde. Man habe dann die Entscheidung gefällt, die Verhandlungen trotzdem weiterzuführen, erklärt André Gampe. Alle Beteiligten hätten viele Stunden in die Gespräche investiert. Außerdem, da ist er sich persönlich sicher, sei die Gebietsreform nicht vom Tisch. Diese Landesregierung wie auch die davor habe stets daran festgehalten.

Seit vergangener Woche nun ist der Vertrag mit Schmölln da. Die Stadt verpflichtet sich darin, alle angefangenen Nöbdenitzer Investitionen – vom Gesundheitsbahnhof und Spielplatz an der Feuerwehr über den Neubau der Sportlerstube und den Schutz der 1000-jährigen Eiche bis hin zum Abwasserkonzept – fortzusetzen. Die Stadt willigt ein, den Bauhof und alle Sportstätten zu erhalten und alle Angestellten der Kommune weiterzubeschäftigen. Auch ein Bürgerservice wird eingerichtet – damit die Nöbdenitzer nicht wegen allen Verwaltungsangelegenheiten nach Schmölln müssen. Nöbdenitz erhält einen Ortsteilbürgermeister und einen Ortsteilrat. Alle Ausweise werden kostenlos geändert.

Wenn Schmölln und Nöbdenitz bis 31. März ihren Antrag auf Neueingliederung beim

Innenministerium einreichen, winkt eine Prämie von zwei Millionen Euro. Das ist ein starker Anreiz. Die Diagramme an der Wand im Bürgersaal sollen den Einwohnern helfen, einzuschätzen, wie lange Nöbdenitz noch selbstständig existieren könnte. „Die Kosten, die so eine Gemeinde verursacht, werden von immer weniger Menschen getragen“, sagt der Bürgermeister. Die dunkelblaue Linie symbolisiert die Einwohnerzahl. Im Jahr 2000 lebten über 1000 Menschen hier. 2017 waren davon noch 867 übrig. 2015 gab es fünf Geburten, 2016 sechs Neugeborene im Schoß der Gemeinde. Sie schaffen es nicht, die Sterbefälle auszugleichen. Das Thüringer Landesamt für Statistik geht davon aus, dass in Nöbdenitz im Jahre 2035 noch 560 Menschen leben.

Gleichzeitig, sagt André Gampe, müsse immer mehr Geld ausgegeben werden. Die Lohnkosten für das Kindergarten-Personal nennt er als ein Beispiel. Ein Diagramm mit dunkler, stetig steigender Linie illustriert seine Worte. Vom Land erhält der Ort dafür Jahr für Jahr weniger Geld. 2009 überwies Thüringen auf das Nöbdenitzer Konto 400 000 Euro an Schlüsselzuweisungen. Damit ist es vorbei. „Die vergangenen Jahre lagen wir konstant bei 150 000“, berichtet der Bürgermeister. „Eigentlich geht es doch gar nicht mehr um das Ob, nur um das Wann“, flüstert eine Nöbdenitzerin in der dritten Reihe ihrem Sitznachbar zu, während Gampe fortfährt. „Die Chance, die wir momentan haben, ist ein Vertrag mit gewissen Regelungen. Die Gespräche mit Schmölln waren auf Augenhöhe. Wenn wir irgendwann zwangseingemeindet werden, dürfen wir nicht damit rechnen, wieder so einen Vertrag zu erhalten.“

Schmöllns Bürgermeister Sven Schrade (SPD) äußert sich nun zum ersten Mal. Er will, dass die Nöbdenitzer wissen: Auch Schmölln braucht sie. Noch hat die Knopfstadt den Status „Mittelzentrum“. Das hat allein in diesem Jahr zur Folge, dass das Land 250 000 Euro extra überweist. Um den Status Mittelzentrum langfristig zu sichern, braucht Schmölln mehr Einwohner. Die bunten Neubürgerbroschüren, die im Rathaus ausliegen, werden dafür nicht reichen. Schrade macht jedoch auch klar: Das gute Angebot an Nöbdenitz gelte nicht ewig. „Wie viel Geld ist denn noch im Säckel? Wie lange könnten wir noch eigenständig sein? Ich habe das Gefühl, hier wird nicht mit offenen Karten gespielt“, meldet sich ein Bürger zu Wort. Gampe erwidert, dass es ein paar Jahre seien. „Oder“, ergänzt er, „möglicherweise ewig.“ Nur eben: nicht so ausgestattet wie derzeit. Den Kindergarten und den Bauhof könnte man verkleinern. Insbesondere den Winterdienst müsste man einschränken. An große Projekte sei ohne Eigenanteil nicht zu denken.

Vereinzelt nicken Menschen im Publikum, manche starren ins Leere, viele haben die Arme verschränkt. Ein Gefühl von Unausweichlichkeit sitzt mit im Saal. Der Bürger, der die Frage gestellt hat, Thomas Heidenreich, ist nicht überzeugt. Er findet die Entscheidung falsch, wird er später im Gespräch mit OTZ Schmöllner Nachrichten sagen. Eine deutliche Mehrheit jedoch ist, das ergab eine kurze Umfrage, für die Eingliederung.

Nun steht eine Frau von ihrem Sitz auf und sagt, dass Schmölln doch eine schöne Stadt sei, immerhin. Ihr Lächeln wirkt traurig. Bürger Frank Wunderlich erwähnt, dass er am Tag zuvor mit Bekannten aus Großstöbnitz telefoniert habe. Die wurden vor Jahren ebenfalls nach Schmölln eingemeindet. Und seien im Großen und Ganzen zufrieden.

Manuela Barth, die Vorsitzende der VG, in der Nöbdenitz noch Mitglied ist, meldet

sich zu Wort. „Es geht in diesem reichen Staat immer wieder um das nicht vorhandene Geld. Das ist einfach nur traurig. Ich will nicht sagen, man soll auch an die anderen denken. Aber wir haben die gemeinsamen Gemeindewerke in der VG. Bei der Finanzverteilung wird der ländliche Raum abgehängt. Das ist Gebietsreform über die Hintertür.“ André Gampe sagt, er gibt ihr Recht. Uneingeschränkt. „Wir würden hier sonst nicht sitzen.“

Gemeinderatsmitglied Jörg Kirmse sagt: „Das Land blutet uns aus, wir können nichts tun. Die Frage ist: Sterbe ich erhobenen Hauptes oder versuche ich, das Beste für die Bürger herauszuholen?“

Dann fällt der Gemeinderat die Entscheidung für die Eingliederung. Einstimmig.